

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Sonntag und Montag nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Deutschland 10,00 M., im Ausland 12,00 M., bei halbjährlicher Zahlung 5,00 M., bei vierteljährlicher Zahlung 2,50 M. für das Reich, 3,00 M. für das Ausland. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten. Die Redaktion ist für die Redaktion des „Freiheit“ in Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock, verantwortlich. Die Druckerei ist in Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock, eingerichtet.

Redaktion und Expedition: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock, Telefon 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 533-26 und 5708.

Die nachstehenden Adressen sind für den Bezug der „Freiheit“ zu verwenden. Die Adressen sind für den Bezug der „Freiheit“ zu verwenden. Die Adressen sind für den Bezug der „Freiheit“ zu verwenden.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Festsetzung der Spaa-Konferenz.

Beginn am 5. Juli.

Brüssel, 8. Juni.

Savas meldet, daß, nachdem Millerand der Verschiebung der Konferenz in Spaa zugestimmt habe, diese nunmehr am 5. Juli stattfinden werde. Ihr wird eine Sonderkonferenz der Premierminister der Alliierten Staaten in Brüssel vom 2. bis 4. Juli vorangehen.

England und Rußland.

Das Unterhaus mit der Regierungspolitik einverstanden.

H. N. London, 9. Juni.

Der Führer der liberalen Opposition im Unterhause Maclean erklärte sich mit den Erklärungen Lloyd Georges über die russische Frage einverstanden und fügte hinzu, daß das Verfahren der Regierung der erste Schritt zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland bedeute. Hierdurch werde eine Bogen geschaffen, durch die die bolschewistischen Ausschüsse in Zukunft umschiffen gemacht würden.

Englisch-russisches Postabkommen.

Rotterdam, 8. Juni.

„Times“ erzählt, daß die englische Regierung im Begriff ist, ein Postabkommen mit Rußland abzuschließen. Die Franzosen widersetzten sich dem Wilsch, da dies eine Anerkennung der Sowjetregierung bedeute.

Das Wahlergebnis.

10 779 218 sozialistische Gesamtstimmen.

Nach den amtlichen Meldungen, die bisher beim Reichswahlamt eingelaufen sind, sind insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die

U. S. P. D.	4 809 882
S. P. D.	5 331 157
Deutschnationale Volkspartei	3 638 851
Deutsche Volkspartei	3 456 131
Zentrum	3 500 800
Deutschdemokratische Partei	2 152 509
Christlich-sozialistische Liste	1 234 063
Kommunistische Partei	438 199
Deutsch-Dänische Partei	318 104

Von den insgesamt abgegebenen 25 719 067 Stimmen sollen 14 080 840 Stimmen auf die bürgerlichen Parteien und 10 779 218 auf die sozialistischen Parteien. Prozentual ausgedrückt, haben die bürgerlichen Parteien 55,1 Prozent der Gesamtstimmen, die sozialistischen Parteien 41,9 Prozent erhalten. Ueber zwei Drittel der deutschen Wähler haben sich am 6. Juni 1920 für den Sozialismus entschieden. Das endgültige Resultat wird allerdings erst festgestellt werden können, wenn die Wahlen in den Abstimmungsgebieten erfolgt sind. Für die kapitalistischen Parteien liegt jedenfalls kein Grund zum Jubeln vor. Die Arbeiterklasse bildet, gerade nach Zugrundelegung des Wahlergebnisses, den fürstlichen Nachbarn im Staate.

Landtagswahlen in Bayern.

Die Wahlen zum bayerischen Landtag, die gleichzeitig am 6. Juni stattfanden, hatten nachstehendes endgültiges Ergebnis:

U. S. P. D.	388 613 Stimmen	20 Sitze
Sozialdemokraten	487 060	25
Kommunisten	51 184	2
Zentrum	1 154 406	64
Demokraten	235 494	11
Bayrischer Bauernbund	235 484	11
Deutschnationale	404 611	21
Deutsche Volkspartei		

Landtagswahl in Anhalt.

Auch in Sachsen-Anhalt fanden zusammen mit den Reichswahlen die Landtagswahlen statt. Das amtliche Wahlergebnis ist folgendes: U. S. P. D. 31 430 Stimmen, Rechtssozialisten 81 562, Demokraten 26 457, Deutschnationale 28 900, Deutsche Volkspartei 23 121.

Es erhebt demnach: U. S. P. D. 6, Rechtssozialisten 18, Demokraten 8, Deutschnationale 8, Deutsche Volkspartei 5, Kom-

date. Es verlieren: Die Rechtssozialisten 9, die Demokraten 8, und es gewinnen: die Deutschnationalen 4, die Unabhängigen 5, die Deutsche Volkspartei 5 Sitze.

Das Ausland zu den Wahlen.

Die Freude der französischen Sozialisten.

H. N. Paris, 9. Juni.

In der Versammlung der sozialistischen Führer des Seine hat Longuet vorgeschlagen, den deutschen unabhängigen Sozialisten zu ihrem Wahlsiege zu gratulieren. Es wurde vorgeschlagen, auch den Kommunisten zu gratulieren. Longuet sagte, daß von einem Erfolge der Kommunisten zu reden, nicht gut möglich wäre, weil sie nur eine sehr geringe Stimmengahl errungen haben. Andere Anwesende erklärten, daß Deutschland einen Wind der Binde bedürfe, um gegen die Reaktion und den Militarismus Front zu machen. Schließlich wurde der Vorschlag Longuets angenommen.

Französische Pressestimmen.

Paris, 8. Juni.

Das „Journal des Debats“ sagt über die deutschen Reichstagswahlen eine Neuorientierung nach rechts oder nach links sei möglich. Das katholische Zentrum werde vielleicht imstande sein, je nachdem es sich auf die eine oder die andere Seite schlage, die Antifront zu geben. Es habe schon oft die Rolle des Bewusstseins gespielt.

„Le Temps“ meint, die Nachbarn Deutschlands dürften durch das Ergebnis der Reichstagswahlen nicht leiden. Die verschiedenen deutschen Parteien müßten nunmehr ihre Absichten kundgeben, in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages und die Beziehungen Deutschlands zu jeder der Nationen, mit denen es Krieg geführt habe. Es wäre besonders wichtig, wenn die beiden Parteien, deren Einfluß durch die Wahlen gestärkt worden sei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen Sozialdemokraten, ohne Verzug ihre künftige Haltung in den europäischen Fragen festlegten.

Englische Betrachtungen.

T. U. London, 9. Juni.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die englische Presse die Wahlergebnisse in Deutschland. Man legt sich auf den britischen Inseln volle Rechenschaft über die Zusammenfassung des neuen Reichstages an. So schreiben die „Times“ u. a. daß das Resultat der Wahlen im ersten Parlament der deutschen Republik von größter Bedeutung sei, sowohl für Europa als auch für Deutschland selbst. Von diesem Resultat hänge die Haltung Deutschlands in Bezug auf den Frieden ab, dessen Bedingungen es noch nicht aufgestellt hat, aber auch die Haltung der Alliierten und Afghilieren, die sie in ihren Beziehungen zu Deutschland einnehmen müssen. Die Gefahr ist noch nicht vorbei. Sie wird erst verschwinden, wenn Deutschland seinen guten Willen gegenüber den Alliierten durch die Tat bewiesen hat.

Das holländische Echo.

T. U. Amsterdam, 8. Juni.

Ueber die deutschen Reichstagswahlen schreibt der „Telegraaf“: Eine neue Krise scheint mit den neuen Wahlen für Deutschland hereinzubrechen zu sein. In welcher Richtung die Lösung gesucht werden muß, ist heute unmöglich festzustellen.

Das „Handelsblad“ schreibt: Die Koalition wird eine sehr kleine Mehrheit bekommen, eine so kleine, daß damit im heutigen Deutschland nicht regiert werden kann. Eine solche Regierung gilt dort so viel wie gar keine. Das Blatt untersucht dann die Möglichkeit der Bildung einer neuen Koalition und schreibt dann: Entschieden groß sind die Schwierigkeiten, aus der wir den Ausweg finden. Mit Spannung kann man der Lösung entgegensehen, denn eine Lösung muß kommen.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

T. U. Stockholm, 8. Juni.

Infolge der Ausprägung der Lage hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung in den nächsten Tagen zu berufen. Die Teilnahme an der für Ende des Monats in Göttingen anberaumten Pressekonferenz wurde von Schweden abgelehnt.

90 Groß-Berliner Wahlvorschläge. Für die bevorstehenden Groß-Berliner Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen sind nicht weniger als 90 verschiedene Wahlvorschläge von den Parteien in Groß-Berlin eingegangen, 47 für die Stadtverordneten- und 43 für die Bezirksverordnetenwahlen. Wegen 18 der letzte

Wir und die Regierungsbildung.

Von Wilhelm Dittmann.

Die schwarz-rot-goldene Regierungskoalition der Mitte hat bei der Reichstagswahl eine vernichtende Niederlage erlitten. Darin kommt die Beschärkung und Festigung der Klassengegensätze klar zum Ausdruck. Die Arbeiter haben sich immer mehr, was kapitalistisch und reaktionär konstant ist, sammelt sich bei den Nationalsozialisten und den Sozialisten. Was proletarisch denkt und fühlt und den Sozialismus erstrebt, vertritt und seinen Ausdruck findet, das hat sich in der Wahlbewegung zwischen Kapitalismus und Sozialismus als unvermeidlich.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist im Weltkriege zusammengebrochen, es vermag seiner Wirtschaftskrisen nicht widerzustehen, Staat und Gesellschaft der Bekämpfung entgegenzuführen. Die Idee des Kapitalismus ist abgeklungen. Als er sich in jahrhundertlanger Entwicklung allmählich gemeinbarte in die mittelalterlich-nachbarlich-kapitalistische Produktion, rief er durch die Entfaltung der Technik und die freie Konkurrenz die großindustrielle Massenproduktion und die Verbilligung aller Warenpreise hervor. Heute aber, nachdem der Krieg den Reichtum der Gesellschaft vernichtet hat, und der allgemeine Warenmangel zum Normalzustand geworden ist, fehlt der Kapitalist der freien Konkurrenz und daher herrschen Monopol- und Kartellpreise den kapitalistischen Markt. Welche das ungeheure Profitstreben haben kann, erweist auf die Produktion, so wird es jetzt kömend und honorent. Nach einem kurzen Wank hat die allein vom Profit inspirierte Volkswirtschaft wieder zuerkommen, wie wir es jetzt in der Wirtschaftskrise erleben.

Insicht die Produktion auf die Bedürfnisse der breiten Volksmassen einzustellen, hat der Kapitalismus nach Kriegsende vor allen Fabriken für den Luxusbedarf der Kriegsgewinnler, Soldaten, Arbeiter und Kapitalisten im Inland, die nicht nach den Breiten zu fragen brauchen, und das weitere für das Ausland, das infolge des Weltkrieges unieres Marktes mit Leichtigkeit höhere Preise zahlen konnte als die Masse des Volkes im Inland. So hat der Kapitalismus mit Monopol- und Kartellpreisen produziert und dadurch zugleich das allgemeine Preisniveau im Inlande auf das des Weltmarktes hinaufgetrieben.

Nun ist der Rückschlag da, die Wirtschaftskrise. Das Ausland kauft nicht mehr in Deutschland, weil die Preise hier jetzt eben so hoch sind als im Ausland. Die Folge ist Warenstauung, Produktionsstauung, Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite hungert das deutsche Proletariat in allen seinen Schichten — Arbeiter, Angestellte, Beamte, freie Berufsleute, Handwerker, Kleinrentner, kleine Bauern, freie Bauern — geradezu nach dem Brot, das nach dem Auslande nicht abgesetzt werden können. Aber die Proletarier können die Waren wegen ihrer unerschwinglich hohen Preise nicht kaufen.

So hat der Kapitalismus, statt das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen, einen Zustand geschaffen, der den Widerstand keines geseht, auf den Sozialismus gegründeten Produktionsystems entfällt. So ist er auf der einen Seite Grundlage für die „Widerstandsbewegung“ des „Wirtschaftslebens“ auf neue, so drückt das Gedächtnis nach einiger Zeit auch auf neue zusammen. Nur ist dann die deutsche Volks- und Wirtschaftskraft noch mehr verarmt und geschwächt und der Widerstand wird immer schwerer und unermöglicher.

Diese verdrängte kapitalistische Produktionsweise zu beiseitigen und durch die sozialistische zu ersetzen, ist zu einer unabwendbaren geschichtlichen Notwendigkeit geworden. Die Produktion kann nur nach den Grundbedürfnissen der Gemeinwirtschaft, unter Zugrundelegung des Volksbedarfs, wieder aufgerichtet werden. Das ist die brennende Frage der Gegenwart. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus muß erfolgen. Je schneller und gründlicher, je besser für das Proletariat.

Der Kapitalismus aber will nicht freiwillig und gutwillig abtreten, er will mit Klugheit und Zähnen seine Ausbeutungsherrschaft verteidigen, mag auch das Volk darüber verenden und zugrundegehen. Das Proletariat aber hat sich darüber klar zu sein, daß es den Sozialismus nicht, wie die Rechtssozialisten wähnen, erhandeln und erschießen, sondern nur erkämpfen kann.

Zu dieser Auffassung hat sich derjenige Teil des Proletariats bekennt, der bei der Reichstagswahl für die U. S. P. gestimmt hat. Wir wissen, daß der Sozialismus nicht durch Mehrheitsbeschluß des Parlaments eingeführt, sondern nur verwirklicht werden wird, wenn das Proletariat die politische Macht besitzt und sie anwendet, den geschichtlich notwendigen Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise zu vollziehen durch die Diktatur des Proletariats. Der Kapitalismus

Allein herrscht der alle Werte schaffenden in Stadt und Land.

In dieser Erkenntnis immer größere proletarische Massen zu bringen und möglichst das ganze Proletariat unter unser Banner zu sammeln, es für die großen Entscheidungskämpfe der nächsten Zukunft zu schulen und vorzubereiten, das ist die nachfolgende Aufgabe unserer Partei nach den Wahlen. „Fort mit dem Kapitalismus, Bahn frei für den Sozialismus!“ ist und bleibt unsere Kampfparole.

Die Frage der Regierungsbildung berührt uns deshalb heute nicht. Es wäre absurd, wollten wir einer Koalition beitreten, in der kapitalistische Parteien sitzen, wie es die Rechtssozialisten tun, und damit allmählich alle Klassenbewußten Arbeiter von sich stoßen. Mögen die bisherigen Koalitionsparteien mit Hilfe der aus der Nationalversammlung in den neuen Reichstag hinübergeretteten Wunden aus den Abstimmungsgebieten ihr schwaches Gebilde zu stützen versuchen, mag die Koalition erweitert werden durch die Stresemann-Partei, oder mag eine rein kapitalistische Koalitionsregierung gebildet werden; wir werden in jeder dieser möglichen Regierungen die politische Machtzentrale des Kapitalismus bekämpfen, die sich der Verwirklichung des Sozialismus in den Weg stellt.

Der bürgerliche Sammlungsbrei.

Sie wollen alle mit dabei sein.

Der „Kölnische Anzeiger“ veröffentlicht eine Umfrage bei führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien, aus der sich ein recht interessantes Bild der Stimmungen in den bürgerlichen Parteien ergibt. Danach ist nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern auch die Deutsch-nationale Volkspartei, die Partei Anknüpfungsbereitschaft, bereit, in eine Koalitionsregierung einzutreten, an der auch die Rechtssozialisten teilnehmen. Voraussetzung sei natürlich, daß die Deutsch-nationale Volkspartei nicht gezwungen werde, „von ihren Hauptgrundlagen abzuweichen“. Bekanntlich bestehen die Hauptgrundlagen dieser Partei, wenn hier von Grundfragen überhaupt gesprochen werden darf, in der Wiederaufrichtung der Monarchie und im allgemeinen Judentum. Trotzdem ist die Partei Anknüpfungsbereitschaft bereit, mit den republikanischen Rechtssozialisten und den „jüdischen“ Demokraten zusammen in der Regierung zu sitzen, d. h. mit denselben Parteien, die von ihr stets mit den ärgsten Schimpfwörtern bedacht worden sind. Doch was tut man nicht alles für's Vaterland, wenn es um die Ministerposten geht!

Eine noch größere Verehrlichkeit als die Deutsch-nationale Volkspartei zeigt die Partei Stresemann's, in die Regierung einzutreten. Auch sie ist, natürlich nur „im Interesse des Vaterlandes“, bereit, einer Koalition beizutreten, in der auch Rechtssozialisten sitzen. Allerdings stellt sie als Vorbedingung die Forderung, daß nach Spaa „wirkliche Staatsmänner“ gewählt, daß nach „wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ regiert, daß das „Bourgeois-tum“ „von der Politik verbannt“, daß „die Staatsautorität wiederhergestellt“ und für die „Zuverlässigkeit der Reichsverwaltung“ Sorge getragen werde. Diese Forderungen selbst wenn sie vorläufig unverbindlich formuliert sind, sagen genug, wie sich die Partei der Schwerindustrie die Grundlagen der künftigen Politik vorstellt. Es ist die Politik der Wiederherstellung der Allmacht des schamlosen Kapitalismus, dessen wichtigste Stütze eine zuverlässige Reichswehr sein soll.

Die der „Kölnische Anzeiger“ weiter mitteilt, soll das Zentrum bereit sein, selbst mit den Deutsch-nationalen, mindestens aber mit der Deutschen Volkspartei in einer Koalition zusammenzutreten. Diese Mitteilung erscheint nicht unbegründet. Das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, erklärt heute an leitender Stelle, daß die Zentrumspartei sich der Deutschen Volkspartei zwar nicht anbieten werde, aber gegen ihren Eintritt in die Koalition grundsätzlich nichts einzuwenden habe, wenn sich die Basis dazu finden lasse. Diese Erklärung bestätigt, daß im Zentrum die Richtung Trimbom die Führung hat, die schon seit einiger

Zeit den Anschlag des Zentrums nach rechts herzustellen sucht.

Am übrigen ist es sehr interessant, daß das Zentrumsorgan sehr offen eingesteht, daß das Bürgerertum im vorigen Jahr einzig und geschlossen in den Wahlkampf gezogen sei unter der gemeinsamen Parole, „eine sozialistische Wehrheit und damit einen sozialistischen Staat in Deutschland zu verhindern“. Diesen Satz mögen sich besonders die Zentrumsarbeiter merken, die aus die en Worten erziehen können, daß sie unter Mitwirkung der eigenen Partei bewußt um ihre sozialpolitischen Forderungen geprellt worden sind. Gegenwärtig ist das Zentrumsorgan vor allem darum bejorgt, die Koalition aufrecht zu erhalten und den Vorwärt der Rechtssozialisten in die Opposition zu verdrängen. Denn, so erklärt es, in dem Augenblick, wo die bürgerlichen Parteien verstanden wollten, allein zu regieren, würde sich der gegenseitige Prozeß wie im Bürgerertum vollziehen:

„Die bisher gespaltenen Sozialdemokratie würde zu einer einheitlichen Front wieder zusammenschweißt erscheinen. Einem geeinigtem Bürgerertum würde ein roter Block gegenüberstehen, der durch seine Geschlossenheit reichlich das an Stützpunkt erfährt, was ihm an Zahl im Vergleich zur anderen Seite fehlt. Dabei ist nicht einmal das Gewaltmittel in Betracht gezogen, weil dem eine sozialistische Linken verhältnismäßig leicht das ganze Wirtschaftslieben, sobald es für in den Strom paßt, lahm zu legen vermöchte. Dem Generalstreik hätte das Bürgerertum kein gleichwertiges Mittel entgegenzusetzen, da es nicht über die Arme verfügt, das Wirtschaftslieben allein in Gang zu bringen, und nicht über die militärische Gewalt, die Arbeitermassen in Schach zu halten.“

Die Darstellung der Folgen eines Austritts der Rechtssozialisten aus der Koalition ist ziemlich zutreffend. Der politische Flügel des Bürgerertums verheißt sich selbst nicht die Gefahren, die die Aufrichtung einer bürgerlichen Regierung und die Einigung der Arbeiterklasse für die kapitalistische Reaktion mit sich bringen würden. Es wäre zu wünschen, daß die Rechtssozialisten mindestens die politische Einsicht aufbringen würden, die sich aus diesen Ausführungen des Zentrumsorgans ergibt.

Das Kartenspieler der A. N. B. D.

Die „Kölnische Anzeiger“ erzählt eine recht amüsante Geschichte über die Expedition des Guxhavener Revolutions-Schiffes „Senator Schröder“ nach Rußland, die insofern einen ersten Quartiergrund besitzt, als sie zeigt, wie durch die Kartenspieler der A. N. B. D. die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland kompromittiert wird. Die „Kölnische Anzeiger“ berichtet:

„Das Exekutivkomitee der dritten Internationale hatte bekanntlich feierlich zwei Delegierte der Cyprioten der A. N. B. D., also der jetzigen A. N. B. D., nach Moskau eingeladen. Die beiden Delegierten Jung und Appel, wollten wohl, den Massen gleich von Anfang an durch eine revolutionäre Tat imponieren. Und wirklich: Sie kamen auf einem Schiffe an, das sie per russischen Exotikerepublik und der dritten Internationale identisch hielten. Das nennt man lästige Arbeit und nicht bloßes Heben.“

„Nun war wohl das Schiff das einzig vernünftige und Nützliche, das die A. N. B. D. nach Rußland mitbrachten. Aber wie kamen sie eigentlich zu diesem Schiffe?“

„Das ist eine ganz besondere Geschichte, die A. N. B. D. hat revolutionär nach dem Beispiel von 1917. Denn wozu braucht ein A. N. B. D. Mann die proletarische Klasse zu seiner Revolution? Vom „Zustand“ leidet, macht er die Revolution allein und für sich. So 1917 im Vogland und so noch grotesker Jung und Appel auf dem Guxhavener Schiff „Senator Schröder“.“

„Als blinde Passagiere schimmerten sie sich auf das Schiff ein. Mit Hilfe einiger Matrosen verhafteten sie den Kapitän und zwangen die Steuerleute, den Kurs nach Rußland weiter zu steuern. So wurde wirklich eine schwimmende Mitternacht eingetrichtert. Man drohte mit Todesstrafe und führte die Geiseln der russischen Sowjetrepublik ein. So wie sich die Geiseln der ariflophanschen „Wage“ einen Kasterstaat in den Wolken einrichteten, so führten Jung und Appel die Natur des Protokolls auf dem Schiffe ein.“

„So kamen unsere modernen Argonauten nach Rußland. Wie man dort ihre Heldentaten beurteilt, zeigt das Moskauer Radio über die Auflösung des Kaiserdamer Bureaus.“

Die Befragung des Schiffes oder begab sich bei der ersten Gelegenheit zusammen mit dem Schiff zurück nach Guxhaven. Nun wird man fragen: Ist denn das Privateigentum der Guxhavener Reeder heilig? Ist es nicht ein Verdienst, den russischen Revolutionären ein Schiff weggenommen und es dem russischen dem internationalen Proletariat geschenkt zu haben?“

„Alle Dinge wollen wir den Reeder nicht nur eins, sondern alle Schiffe wegnehmen. Aber die Expropriation der Expropriate stellen wir uns als ein Werk der proletarischen Klasse und nicht als Eingebiet einiger Leute, und seien sie auch Parteiführer, vor. Das sollten Jung und Appel doch wissen, die sonst so viel gegen die Botschaft wittern und von der Klasse reden.“

„Man kann diesen Ausführungen der „Kölnische Anzeiger“ nur zustimmen, wenn auch die Schärfe, mit der sie — verbittert — die neue Odyssee der A. N. B. D. beurteilt, anlässlich durch die Tatsache mit anerkundet ist, daß A. N. B. D. und A. S. D. sich gegenseitig den Sitz in der dritten Internationale streitig zu machen suchen.“

Deutsch-nationale und Buntschiffen.

Ein heuchlerisches Spiel.

Die Anhänger der Deutsch-nationalen Volkspartei haben den Buntschiffen gemacht. Das ist eine feststehende Tatsache. Jetzt wagt es trotzdem diese Partei, in ihrer Koalitionsfolgende Erklärung abzugeben:

„In letzter Zeit ist von der Regierung wiederholt und mit zunehmendem Ernst darauf hingewiesen worden, daß neben den unmittelbaren Gefahren gewalttätiger Unternehmungen von links, nach den ihr zugewandenen Nachrichten, auch die Möglichkeit von Rechtsbrüchen besteht, die insbesondere von einigen radikalen Militärs angeführten Persönlichkeiten vorbereitet werden. Uns ist von derartigen Vorfällen nicht das geringste bekannt, und wir haben der Regierung, die neuerdings auch mit uns in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen hat, erklärt, daß wir keinen Anlaß zu einer Veranlassung vor verfassungswidrigen Unternehmungen von rechtssehender Seite sehen. Wenn es aber tatsächlich Männer geben sollte, die trotz der unheilvollen Lehre des Buntschiffes, die ihnen zur Warnung dienen sollte, sich mit den verbrecherischen und aberwitzigen Gedanken tragen, zuwider der Verfassung mit Gewalt die ordnungsmäßige Entwicklung der Geschichte des deutschen Volkes zu stören, so lehnen wir jede Gemeinschaft mit ihnen ab und werden ein solches rechtswidriges Vorhaben entsprechend unserer Grundzüge, daß nur auf verfassungsmäßigen Wege vorzugehen werden darf, entschieden bekämpfen. Wir erwarten andererseits mit Bestimmtheit von der Regierung, daß sie jedem Verlaufe von links, der Verfassung Gewalt anzutun, mit allem Nachdruck wehrt und zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ungenügend und risikoreich gegen die Verbrecher einschreitet und von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch macht.“

Die Deutsch-nationalen haben den schändlichen Buntschiffen, in die Koalitionsregierung aufgenommen zu werden, um die Verfassung der Republik von innen heraus zu zerstören. Sie heucheln deshalb jetzt auf einmal Verfassungstreue, in sie schwingen sich sogar dazu auf, den Buntschiffen als ein Verbrechen zu bezeichnen, obwohl feststeht, daß sie dieses Verbrechen nicht nur freudig begreift, sondern auch aktiv unterstützt haben. Eine nichtswürdige Heuchelei ist es aber, wenn die Deutsch-nationalen zu behaupten wagen, sie müßten nichts von den Vorbereitungen eines Rechtsbrüches wissen. Diese Vorbereitungen werden heute intensiver betrieben als vor dem 13. März, es besteht eine ganze Anzahl gegenrevolutionärer Organisationen, und maßgebende deutsch-nationale Größen spielen darin die Hauptrolle.

Die Abstimmung in Westpreußen. Die „Neuen westpreussischen Mitteilungen“ melden: Wie und die interalliierte Kommission Marienwerder mittel, finden die Volksabstimmungen im westpreussischen Abstimmungsgebiet am 11. Juli statt.

Waffenstillstand im Osten. Nach Meldungen aus Konstantinopel haben England und Frankreich einen achtjährigen Waffenstillstand abgeschlossen. Verhandlungen über ein definitives Einvernehmen sind im Gange.

„Jeder an die Arbeit!“

Eine Berliner illustrierte Zeitung brachte vor kurzem ein Straßenschild einer deutschen Großstadt. Ein Kleinbild. Man sieht geschlossene Läden, Straßenbahnhöfen, aber keine Wagen, kugelförmige Straßenschilder, Verhungerter, trierende Menschen, Verteilende Kinder und viele ausgemergelte Straßenschilder.

Dieses Bild soll ein Abschreckungsmittel gegen Arbeitslosigkeit sein und trägt die Unterschrift: „Jeder an die Arbeit!“ Sonst werden die Geschäftsstraßen in den deutschen Städten bald diesem Bilde gleichen!

Lebt denn der Textdrehler dieses Bildes auf dem Mond oder auf dem Mars? Erfährt denn der Mann, falls er sich doch unter und Erdmenschen bewegt, nicht, was in dem deutschen Industriestaat vorgeht? Weiß er nicht, daß der deutsche Arbeiter der arbeitswilligste und fleißigste ist? Weiß er nicht, daß unsere Arbeiter und Arbeiterinnen in Massen nach Arbeit suchen, keine haben, und mit den Profiteuren der Erwerbslosenunterstützung jammervoll vegetieren müssen? Weiß der Mann nicht, daß das deutsche Unternehmertum immer größere Scharen Arbeiter auf die Straße wirft und die Betriebe schließt: wegen „Arbeitsmangel“?

Wilo: Unsere kapitalistische Wirtschaftskatastrophe bringt Arbeitsmangel und hunderttausendfache Arbeitslosigkeit, und ein Reporter wagt es, angesichts solcher Not, zu rufen: „Jeder an die Arbeit!“ Klingt das nicht wie eine Verhöhnung der Arbeitslosen?

Es ist der Teufel, den die bürgerliche, kapitalfreundliche Presse täglich in die Welt spießt, der Tausenden verdrückt, Wahrheiten verschweigt und Lüge und Betrug ausbreitet. Und die Verfasser — sie leben nicht auf dem Mond oder Mars. Sie brauchen gar nicht zu fliehen. Sie können auch den Grund der Not der Erdmenschen. Doch sie sind Präkariat des Kapitals, damit die „göttliche“ kapitalistische Weltordnung bestehen bleibt.

Fünf Jahre lang während des Krieges und jetzt neunzehn Monate nach dem Zusammenbruch hat sich das arbeitende Volk von diesen Fäulnissen befreit. In der Tagespresse durch Fäulnisse und Artikel, in den illustrierten Bildern durch ausgehungerte Kinder und verelenden Erwachsenen. Wie erkennen wir noch, wie diese illustrierten Zeitungen durch ihre Verhöhnungen und Beschuldigungen den Kampf an vorbereiten?

„Jeder an die Arbeit!“ Sie bringen Bilder von Greisen und Geisteskranken, Verwundeten und Schicksallosen, sobald sie unsere „Feinde“ bespödeln. Sie verschweigen solche Bilder, wenn diese die deutschen Truppen beschämten. Wir wissen auch, wie einseitig die Bilder waren, die uns diese kapitalfreundlichen Druckerzeugnisse von Sowjetrußland aufwiesen. — Ueberall Lug und Trug!

Unter der eingangs erwähnten Forderung mußte wahrheitsgemäß stehen: „So werden die deutschen Städte aussehen, wenn der Kapitalismus am Ruder bleibt! Darum: Proletariat: nehmt die Produktion selbst in die Hand und verzehrt die Arbeit, damit die Arbeitslosigkeit endlich aufhört und solch Ruin und Elend nicht eintritt!“

Allerdings sind nur die sozialistischen Illustrierten Zeitungen bei ihrem Interesse für die wertvolle Menschheit in der Lage, wahrheitsgetreue Bilder und Kommentare zu bringen.

Türen.

Hoch und schlank, blendend weißer Marmor, mit schimmernden Beschlägen, sagt die eine Tür auf. Einladend, verheißungsvoll lächelt ihr breites Gesicht, spricht schmunzelnd: „Tretet ein, ich führe euch zur Freude, zur Schönheit, zum beglückten Leben. Hinter meinem freundlichen Anlächeln liegen prächtige Zimmer, warm, mit weichen Möbeln, bildergeschmückt. Hinter meinen glänzenden Beschlägen, die wie frohe Augen leuchten, liegt das Wissen, ihr könnt schöpfen aus seinem unerschöpflichen Quell, wenn es euch danach gelüftet. Hinter meiner schneeweißen Beschlägen stehen zusammen, viele Wege, endlose Straßen, über die sich Schienen ziehen, blaut das Meer, Schiffe tragend, hinter meiner weichen Beschläge beginnt der Weg, der in die Ferne führt, nach des Südens Sonne und Glut, nach nördlicher Länder strenger gebirgiger Schönheit. Tretet ein, ich bin die Pforte, die zum Leben führt.“

Wie gütig lächelt die Tür, verheißungsvoll, lockend. Laßt uns sie öffnen, laßt uns eintreten in das gelobte Land. Schon haben sich Hände, um die Klinke zu ergreifen, da fällt der Blick auf eine kleine Tafel. Drohend funkeln die Goldbuchstaben, rufen mit schneidender, spitzer Stimme:

„Für Herrschaften.“

Klein und gebüdt, von schmierigem Ruß geschwärzt, mit kläglichem Holz, grimmig und traurig sieht eine andere Tür. Wie es gelächelt, so lächelt und lächelt sie hörend, leidend, wie

ein Mensch, der zu schwere Lasten trägt. Ihre runzlige Stirn ist verzerrt, verquollener Mund sprechen Bisse und Tränen: „Tretet ein, ich führe euch in dumpfe kleine Stuben, in denen die Armut stinkt, in stinkender Kasse, in denen eure Kinder wehgeschlagen aufwachen, mit verkrüppelten Knochen und trägen Augen, in Dachkammern, durch die Wind pfeift und in die der Regen sicker. Hinter meinem verquollenen Gesicht liegt die Stumpfheit aller schwerer Arbeit, die lähmende Müdigkeit trotz los grauer Abende. Hinter mir liegen keine Wege, die in die Ferne führen, ich würde in eine Endgasse, da ragt eine hohe Mauer auf, die euch den Weg verstellt. Und die Gasse heißt: „Preußische Arbeit“, „Glücklose Jugend“, „Elendes Alter“.“

So spricht die zweite Tür. Bisweilen rufen von ihrer eisenrosten mütterliche Buchstaben:

„Für Diensthoten.“

Doch trägt sie noch eine Inschrift, unsichtbar und dennoch leuchtend, fahlen Schimmer durch die Welt werfend:

„Für die Anderen.“

Seit Jahrhunderten gehen die Wenigen, leicht und beschwingt durch die weiche Marmorflur, seit Jahrhunderten schleppen die Vielen müde und gebüdt durch das schwarze Holztor. Wie lange noch!

Wann werden die Vielen den gebeugten Rücken strecken, mit unzähligen Fingern gegen den weichen Marmor hämmern, daß er zerbrechend zusammenfällt und der Weg frei wird, der Weg ins Leben, den ihnen die Wenigen verstellen!

Germania zur Mühen.

Gräber.

Welt draußen in der Vorstadt, wo die rauchgeschwärzten Häuser schon anfangen höher zu werden, liegt ein Friedhof. Der Wald von Kreuzen mit seiner ewigen Ruhe hatte mich schon seit geraumer Zeit aufgenommen, ehe mir recht zum Bewußtsein kam, wo ich mich befand.

Eine Reihe schlichter Grabhügel erregte meine Aufmerksamkeit. Am Kopfende eines jeden stand ein einfaches Holzkreuz:

„Hier ruht der Kriegsgeladene...“
Ich ging die Reihe ab. Ganz zuletzt einige Gräber ohne Kreuz, ohne Namen. Niemand konnte sie, und doch trauerte eine kleine Gruppe Kinder mit sich zu dem einen Grab.

Kompromiß oder Kapitulation.

Am 11. Juni beginnt die Reichsschulkonferenz. Diese ersten Schritte werden den deutschen Erziehungsbedürfnissen vollkommen entsprechen oder ihre Veranlassungen werden auf die Verfassung der Schule ohne jeden Einfluß bleiben. Für Verwirklichung der Konferenz bringen wir den folgenden Artikel unseres F. M. Mitarbeiters, der über den Stand und die Wünsche der Schulpolitik gut orientiert.

F. M. „Wer vom Papst ist, stirbt an ihm.“ sagt ein christliches Sprichwort. Wir erleben es mit einer kleinen Änderung: „Wer sich mit dem Zentrum einläßt, geht an Grunde.“ Er wird vor allem dann zugrunde gehen, wenn er versucht, auf seinem eigenen Gebiet dem Zentrum zu erliegen, mit Diplomatie, mit Verhandeln, mit Kompromissen. Es gibt keinen politischen Vergleich, aus dem das Zentrum nicht siegreich hervorgegangen wäre. Sein Sieg über die Schulkompromiß der Verfassung. Der hat für die Dauer dieser Verfassung die Unverletzlichkeit des Zentrums und die Herrschaft der katholischen Kirche in der Schule festgelegt. Er hat dadurch die Verantwortlichkeit unserer politischen Zustände, so weit sie sich auf die Schule beziehen, verewigt.

Voraus beruht die bürgerliche Mehrheit im Parlament? Nicht zuletzt auf der gewissenlos zu politischen Zwecken mißbrauchten Herrschaft der Kirche über weite Teile der Arbeiterklasse und über die proletarische Landbevölkerung. Diese Herrschaft aber wurzelt in der konstitutionellen Volksschule, durch die kirchlich soziale Anschauungen den Kindern so tief eingeprägt werden, daß nur härteste wirtschaftliche Ursachen, verbunden mit großer geistiger Selbstständigkeit imstande sind, das Gleichgewicht zu halten. Die Mehrzahl der Arbeiter unterliegt ihnen bis an ihr Lebensende. Nur der unvollständige innere Zerfall der protestantischen Kirche hindert es, daß ihr Einfluß gleich verhängnisvoll durch die Schule auf die protestantische Arbeiterklasse wirkt.

Der Sozialdemokratie ist das in früheren Zeiten durch die Sozialisten. Auch die bürgerliche Demokratie hat es nicht vermocht, Man hätte also meinen sollen, daß eine sozialistische Arbeiterpartei eingeleitete Regierung, jedes Parlament, das die Arbeiterpartei an seinen Ruf hielt, hier einzusetzen und die schlimmsten feinen Rat bewiesen hätte. Statt dessen haben die beiden Parteien trotz ihrer überwiegenden Mehrheit nicht vor den Gefahren in der Koalition kapituliert.

Woher rührt heute der unglaubliche Tiefstand unseres parlamentarischen Lebens? Von der bürgerlichen Mehrheit, die den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus nicht entspricht.

Denn es ist ein viel zu mildes Wort, wenn man von einem Schulkompromiß redet. Was in den Schulverfassungen der Verfassung und vorliegt, dokumentiert den faktischen Niedertage jeder freieren Schulpolitik, verdrängt durch eine paar beschönigende Redensarten. Und es ist für spätere Zeiten unbearbeitet, wie zwei Parteien, die, gleich den Sozialdemokraten und Demokraten, die Mehrheit besitzen, so alle ihre Grundzüge verlegen, einzig aus Angst vor der roten Revolution. Diese Angst und würdevolle Angst hat das Zentrum nach allen Richtungen hin ausgebeutet.

Grundstück ist der Religionsunterricht als einseitiges Lehrfach erhalten, und es ist festgelegt, daß er „in Übereinstimmung mit den Grundzügen der christlichen Religionsgemeinschaft“ erteilt werden muß. Damit das Ausmaß der Kirche durch eine Unterordnung in die Schule wieder eingeführt. Der Religionsunterricht ist jeder staatlichen Beeinflussung entzogen. Der Staat allein das Recht, für diesen Unterricht zu bezahlen. Es ist darüber bei uns ein freierer, kritischer und wissenschaftlicher Religionsunterricht unmöglich gemacht, die Kirche kann die Veruche dazu jederzeit unterbinden.

„Wer weiß, wo unsere Kriegsgesangenen so anständig beerdigt worden sind?“

Langsam drehte ich mich um. Zwei wohlgeleitete Herren, denen man ansah, daß sie den höchsten in der Gassenburg-Gasse ihres Stammes „antiquarisch“ hatten, waren vorübergegangen.

„Kuch ich pilgerete weiter.“

Ein kostbares Grabmal zwang mich zum Rücktreten. Unmerklich suchten meine Augen den Namen des hier Ruhenden. Das Grabmal des Großindustriellen K. Das ist kein Grabmal!

„Schon wollte ich die Stätte des Todes wieder verlassen, als ich an einem offenen Grabe vorüberkam. Vom Tor näherte sich ein Zug, der mich veranlaßte, stehen zu bleiben. Hier Träger schleppen einen einfachen Holzsturz nur sechs Meter breit — ohne jeden Beschlag. Ein sogenanntes „Kreuzgrabmal“.“

Ein Weiblicher und ein vonummer und Sorge gebeugter Mann folgten dem Sarge.

Von der Weisheit des Todes berührt, Mich ich am offenen Grabe stehen.

Der Weibliche sprach, sprach von der Liebe, die uns alle umfängt, von jener besseren Welt. . . .

Dann polterten dumpf die Geschlossen auf den Sarg. . . .

Langsam schritt ich dem Ausgange zu. Die Worte des Weiblichen hallten mir noch in den Ohren von der „Liebe, die uns alle umfängt“.

Er sind jetzt alle gleich, die da unten ruhen, und trotzdem sieht man dem einen kostbaren Wismutstein und den anderen scharrt man ein, wie einen Hund. Aber die Liebe umgibt uns alle gleich. . . . Hermann Jeller.

In der Volkshöhle führt in den beiden Städten „Eine Landpartei“ von Adolf Glaser und „Vermittelte Geschichte“ von Hermann Jeller. Jürgen Rebling die Regie. Die Bühnenbilder von Kostjane sind noch Entwürfen von Hans Strohschneiders.

Am Theater des Westens gelangt am Freitag zum ersten Male der barocke Schwanz „Die goldene Ritterzeit“ von Max Wallenberg zur Aufführung.

So, sie kann darüber hinaus auch in den anderen Schulstunden jeden Veruch einer vorurteillosen Darstellung der kirchlichen Lehren und ihrer Geschichte unterbinden, da nach Artikel 148 im Unterricht „die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen“. Das bedeutet aber, daß jede naturwissenschaftliche oder geschichtliche Tatsache, welche mit kirchlicher Lehre nicht übereinstimmt, verschwiegen werden muß. Wir haben im letzten Jahr schon verschiedene Fälle gehabt, daß Lehrer auf Grund dieses Paragraphen von kirchlichen Kreisen denunziert und von Behörden gemahnt wurden auf Grund ganz harmloser Äußerungen über mittelalterliche Wundergeschichten und ähnliches. Und wir können uns darauf freuen machen, daß über kurz oder lang auch Entwicklungslehre und Urgeschichte wieder verboten sein

Öffentliche Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr
in folgenden Lokalen:
**Moabiter Gesellschaftshaus,
Wielestraße 24
Pharusäle, Müllerstraße 142**
Tagesordnung:
Das neue Groß-Berlin
Referenten: Oberlehrer Gosh, Claus.

werden, weil sie geeignet sind, die Gefühle gläubiger Katholiken zu verletzen. Die Freiheit der Wissenschaft, welche der § 142 der Verfassung gewährleistet, reicht eben nur an die Schwelle der staatlichen Schule.

Dieses tatsächlich unbedingte Aufsichts- und Kontrollrecht aber genügt dem Zentrum nicht. Es will für die Schule die ganze Schule haben. Es will die konfessionelle Schule, und da es sie dem Namen nach nicht bekommen konnte, so baute es den § 148, der in der Geschichte aller Verfassungen wahrscheinlich einzig bleiben wird: ein Ungestüm mit Menschenleib und Hirschschwanz.

Im ersten Abschnitt fordert er die Einheitschule, die ihre Schüler annehmen „ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis der Eltern“. Im Abschnitt 2 aber werden unbedingte Beschränkungen der Schulen zugelassen, wenn nur die Erziehungsbedingungen sie fordern. Die Einschränkung „soweit hierdurch ein ordentlicher Schulbetrieb auch im Sinne des Abs. 1 nicht beeinträchtigt wird“, wird später vielleicht praktischen Wert haben können. Denn, solange alle unsere Schulbehörden reaktionär bis auf die Knochen sind, ist er nur eine Redensart, denn ein durchschnittlicher Schulrat oder -inspektor wird höchstens bei einer weltlichen, niemals bei einer Konfessionsschule den geordneten Betrieb für gefährdet halten.

Das bedeutet die Bereinigung der katholischen Konfessionellen Schulen überall dort, wo sie bisher bestanden haben und die Männer, aber vor allem die Frauen in ihre Vollmännlichkeit gedrückt haben. Kein Ort mit nennenswerter katholischer Bevölkerung, wo ein eifriger Geistlicher jetzt keine katholische Volksschule beantragen wird, und ganz gewiß in Deutschland heute keine Behörde, die diesen Antrag nicht aufs wärmste unterstützt. Denn obwohl das Zentrum noch nicht ein Fünftel der abgegebenen Wahlstimmen zählt, so ist es doch die Macht, mit der man am wenigsten anzubinden wagt.

Wo aber nicht einmal die Elternzahl ausreicht, ist die für die Forderung einer öffentlichen Konfessionsschule ausreicht, da läßt sich nach dem Paragraphen 147 eine private Volksschule gründen. Die Regierung muß die Gründung zulassen, wenn überhaupt nur eine konfessionelle Minderheit besteht. Eine Familie würde nach der Verfassung ausreichen. Und Geld? Nun, Geld hat dem Zentrum und der Kirche noch nie gefehlt. Wir haben also zu erwarten, daß überall, auch in rein protestantischen Orten — wenn sie nur ein paar katholische Familien besitzen — katholische private Volksschulen entstehen. Wir können überzeugt sein, daß diese Schulen mit allen Mitteln ausgestattet sein werden und alle denkbaren Vorteile bieten, und wir werden uns damit einer Propaganda gegenübersehen, deren Kraft jede andere politische Propaganda übertrifft.

Von den höheren Schulen schweige ich. Hier gibt es überhaupt keine Schranke, wenn nur die staatlich geforderten Lehrpläne erreicht werden. Hier können also konfessionelle Schulen und sogar Ordensschulen eingerichtet werden, selbst wo sich überhaupt keine Katholiken vorfinden. Und die unbegrenzten kirchlichen Mittel ermöglichen es, daß bereits jetzt überall solche Anstalten emporwachsen. Besonders Mädchenanstalten; Lyceen, Oberlyceen, Frauenschulen und Seminare aller Art entstehen wie die Pilze und die Regierung hat kein Mittel, dem Einfluß zu tun. Im Gegenteil, unsere kirchliche Geldnot und die Sporkaufkraft, die im Gegensatz zu unserer militärischen Verschwendungslust in allen Schulfragen erschweidet und jede Reform unterbindet, sie sorgen beide dafür, daß wir widerstandslos den kirchlichen Organisationen dieses wichtigste Gebiet überlassen, offenbar ohne eine Ahnung, welche tödliche Gefahr damit über unser Volk heraufbeschworen wird. Um so größer ist diese Gefahr, weil sie ganz im Verborgenen arbeitet, ohne Lärm, ohne Aufsehen. Aufgehoben wird nur gemacht von den sogenannten Angriffen der Gegenseite. Die eigenen Erfolge verschweigt man, oder deutet sie in Niederlagen um. Und nur auf den Zentrumsparteitagen wird einmal verflucht darauf hingewiesen, was die Eingeweihten unter sich kammungehnt feststellen: daß die Kirche freie Hand hat in allen Schulfragen.

und daß dem Zentrum damit für die nächsten Jahrzehnte die Zukunft gesichert ist.

Was steht dem gegenüber? Ach, es ist bitter wenig. Und dies Wenige wird uns noch von allen Seiten kritisch gemacht: Religiöse Freiheit der Lehrer, Freiheit der Eltern, die Kinder vom Religionsunterricht zurückzuführen, Freiheit der Gemeinden, weltliche Schulen zu errichten. Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Aber leider bleibt hier die Praxis noch sehr hinter den lächerlichen theoretischen Erklärungen zurück. In aller Erinnerung sind noch die vorjährigen Versuche, durch geheimräthliche Winkelzüge die Abmeldung vom Religionsunterricht unmöglich zu machen oder wenigstens zu erschweren. Weniger bekannt ist, in welcher Weise jeder Volksschullehrer, der seinen Religionsunterricht geben will oder gar aus der Kirche austritt, als Freiwild geachtet wird. Jemandem Geistlicher putzt ein paar Citren auf, die drohen mit Schulstreik — und die Behörden erklären achselzuckend: „Ich kann dir nicht helfen. Geh dich mit der Gemeinde auseinander. Du hast den Vertrag mit ihr. Trist du aus, wirst du keine Religion unterrichten, so ist der Vertrag hinfällig. Sieh also, wo du bleibst.“ Der arme muß froh sein, wenn er konfessionell irgendwo beidseitig wird mit der angenehmen Aussicht: beim nächsten politischen Umwälzung, vielleicht nach den Wahlen, legt die Behörde dich ganz an die Luft. Und keine verfassungsmäßige religiöse Freiheit ist einzig für die Kat.

Bei den weltlichen Schulen aber hilft die ewige Ausrede: Es bestehen noch keine Reichs- oder Landesgesetze darüber. Und diese zu schaffen, hüten sich die Regierungen wohl. Verschiedene Gemeinden kämpfen beständige Kämpfe für weltliche Schulen. Tausende von Stimmen sind dafür gesammelt. Hilft alles nicht! Die Gemeindebehörden leisten passive Resistenz. Die Regierung ruft die Kirchen und das Zentrum herbei, händelnd dabei. Gewissensfreiheit für die Kinderarbeiten, dies Schlagwort, unter dem es sich keine Konfessions- und Ordensschulen erkennen, gilt dem Gegner gegenüber natürlich nicht. Wo aber ein ganzes Land wie Sachsen unter geschlossener Zustimmung der Lehrerschaft die weltliche Schule einführen will, da legt der Reichsminister des Inneren — oder ist es sein Staatssekretär, der Sozialdemokrat Herr Heinrich Schulz? — sein Veto ein.

Wahrlich, wir haben es weit gebracht in demokratischen Deutschland. Und es wird nicht das letzte Stadium des Todeskampfes sein, dem unsere Koalitionregierung verfallen ist, weil sie „vom Zentrum gegessen hat“.

Die sozialistischen Vertreter der Reichsschulkonferenz versammeln sich am Donnerstag vormittag 10 Uhr im Lehrers vereinshaus, Saal 1

Ein interessanter Briefwechsel.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden Schriftwechsel, den sie von „unterrichteter Seite“ erhält:

Der Oberbürgermeister von S. . . . schreibt: „Die Bekämpfung und Vermeidung des Schiebertums ist so lange unmöglich, als die durch Schieber beizahlten Waren die notwendige Ergänzung der für das Leben unzureichenden Ernährung auf rechtmäßigem Wege bilden.“

Das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung hat folgendes darauf geantwortet: „Der Standpunkt des Schreibenden kann ich nicht teilen. W. G. ist die Sachlage gerade umgekehrt, da die notwendige Ergänzung der für das Leben unzureichenden Ernährung auf rechtmäßigem Wege“ so lange unmöglich ist, bis es gelingt, das Schiebertum wirksam zu bekämpfen und schließlich zu vernichten. Es liegen vollwertige Anhaltspunkte dafür vor, daß Deutschland über eine ungeachtete Menge von Lebensmitteln verfügt, die bei Einhaltung der gebotenen Bekämpfung für die Ernährung des gesamten Volkes nahezu ausreichen. Es handelt sich nur darum, die ungeheuren Mengen, die sich in den Händen des Schiebertums befinden, diesem zu entwinden. Hierin liegt vielleicht die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft, da die gesamten innerpolitischen Verhältnisse und der Wiederaufbau Deutschlands davon abhängig sind. Ich hoffe, daß die Bedeutung des Kampfes gegen Schiebertum und Wucher, dessen Notwendigkeit inzwischen seitens aller Parteien, vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel, als unbedingtes Gebot hervorgehoben worden ist, auch dortselbst anerkannt und durch gewissenhafte Beobachtung der gemeinwirtschaftlichen Paragrafen bekräftigt wird. Das Landespolizeiamt ist zu jeder Unternehmung in dieser Hinsicht bereit.“

Der Kampf gegen das Schiebertum ist gewiß eine gerechte und gottgefällige Sache, nur müßte er in der Tat geführt werden, und zwar nicht mit Briefen an die untergeordneten Stellen, sondern mit wirksamen Mitteln. Die Auffassung des Bürgermeisters ist allerdings sehr originell, aber zu solcher Anschauung müßten die Behörden schließlich kommen, so lange die Regierung selbst den größten Wucherern gegenüber die Augen zu drückt und den Behörden nur Mittel gegen die Kleinen hamsteret in die Hand gibt.

Die Verkrüftung in der Brauindustrie.

Es wird mitgeteilt: Nach Mitteilungen von zuständiger Seite schweben zwischen den beiden größten deutschen Brauereien, der Schultzebrauerei und der Bogenhoserbrauerei in Berlin Verhandlungen wegen eines Zusammenstufes. Diese sind hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß beide Unternehmungen ein ausgedehntes Rey von Niederlassungen besitzen, deren Bedienung bei der außerordentlichen Steigerung der Produktivität und sonstigen Betriebskosten einen zusammenfassenden erwünscht erkennen lassen. Auch die Möglichkeit eines rationellen Ausgleichs innerhalb der Betriebe und der Verkaufsorganisationen läßt die Durchführung eines Zusammenstufes zweckmäßig und vorteilhaft erscheinen.

Soeben ist erschienen:

Die Stadtgemeinde Berlin

Mit Einleitung und Erläuterungen
: von Karl Leid :
64 Seiten Preis 5.— Mk.

Unentbehrlich für jeden in der kommunalen Bewegung Groß-Berlins Tätigen

Bei Bezug durch die Organisationen oder Gemeindevertreter - Fraktionen Rabatt Solortige Bestellungen erbittet

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Broke 20, 210.

